

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausforderung IS

Aufrufe zu Anschlägen gegen westliche Staatsbürger gibt es, seit der islamistische Terrorismus sein Unwesen treibt. Der sogenannte „Islamische Staat“ scheint allerdings eine andere Strategie zu verfolgen als sein Vorläufer und heutiger Konkurrent Al Qaida. Bin Ladins Männer wollten spektakuläre und aufwendige Attentate im Stil von 9/11. Der IS dagegen ruft zu Mordtaten an einzelnen Zivilisten auf, was schwerer zu verhindern ist und offenbar in Australien schon ins Werk gesetzt werden sollte. Auch die Dimension der Bedrohung ist größer als zu Zeiten Bin Ladins. Früher ging die Gefahr von Schlafzellen aus, die meist nur aus einer Handvoll Leuten bestanden. Heute gibt es mehrere tausend westliche Kämpfer im Irak und in Syrien; viele sind schon in ihre Heimatländer zurückgekehrt – auch nach Deutschland. Daher steht nicht zu vermuten, dass die Bedrohung auf das militärisch aktive Frankreich beschränkt bleibt, das der IS nun primär zum Ziel erklärt hat. Die Bekämpfung der Extremisten stellt die Sicherheitskräfte vor erheblichen größeren Herausforderungen, als das in Afghanistan der Fall war. nbu.

Vor dem Sturm

Das Dublin-Abkommen über ein einheitliches Asylverfahren in der EU hält dem Strom der Flüchtlinge nach Europa kaum mehr stand. Schon in normalen Zeiten – aber wann gibt es die schon? – hat sich gezeigt, dass die Regelung, ein Flüchtling müsse in dem Land Asyl beantragen, in das er in die EU kommt, nur dann funktioniert, wenn die jeweilige Verwaltung auch in die Lage versetzt wird, Flüchtlinge, Migranten und Asylbewerber würdig zu behandeln. In den süd- und osteuropäischen Ländern ist das nicht immer der Fall. Manchmal ist das sogar gewollt, weil Staaten an der EU-Außengrenze – wie jetzt Italien – nicht einsehen, warum sie eine Sonderlast zu tragen haben. Nach Griechenland werden deshalb schon lange keine irregulären Asylbewerber mehr aus Deutschland zurückgeschickt. Würde eine Quotenregelung eingeführt, könnte das zu einer gerechteren Verteilung der Flüchtlinge in der EU führen und die Bereitschaft erhöhen, das Dublin-Abkommen einzuhalten. Doch in Deutschland sollten sich Bund und Länder keiner Illusion hingeben: Eine Quote heißt noch lange nicht Entlastung. kum.

Ursula needs you!

Ist das die neue Bundeswehr? Verteidigungsministerin von der Leyen sucht Freiwillige für den Kampf gegen Ebola. Nun ist das gewiss kein gewöhnlicher Einsatz, aber gerade in humanitären Aktionen waren die Streitkräfte schon geübt, als von Kampfeinsätzen noch keine Rede war. Und für alle Einsätze gilt: Sie sind nur dann erfolgreich, wenn die Soldaten in jeder Hinsicht bereit sind, also bestens ausgebildet, ausgerüstet und motiviert. Früher galt der Satz: „Freiwilligkeit kann auch befohlen werden.“ Heute ist die Bundeswehr eine Freiwilligenarmee mit Probezeit. Sie nimmt mehr und mehr Rücksicht auf persönliche Belange, weil sie ohnehin Mühe hat, guten Nachwuchs zu gewinnen. Gut, wenn sich für den (hoffentlich durchdachten) Ebola-Einsatz die am besten Geeigneten melden. Schlecht, wenn solche Aufrufe Personal- und Führungsmängel kaschieren sollen. Offenbar ist mittlerweile auch die Fürsorgepflicht der Dienstherren nur noch freiwillig. Sonst müsste sie nicht versichern, dass infizierte Soldaten nicht in Afrika gelassen, sondern nach Deutschland zurückgeholt und behandelt würden. Mü.

Milieu gegen Vernunft

Bei den Grünen offenbaren sich nach der Asylentscheidung alte Konfliktlinien / Von Johannes Leithäuser

BERLIN, 22. September Am Montag danach sind sich die Grünen wieder einig – jedenfalls darin, den Schaden zu bagatellisieren, den sie am Freitag zuvor im Bundesrat angerichtet haben. Es gebe ja gar keinen prinzipiellen Dissens innerhalb der grünen Partei über die Asyl- und Flüchtlingspolitik; es seien sich ja alle einig, dass die Konstruktion der sicheren Herkunftsländer eigentlich abgeschafft gehöre, dass Asylsuchende materiell und rechtlich bessergestellt werden müssten. Doch diese fundamentale Einigkeit hinderte die Grünen Ende der vergangenen Woche nicht daran, eine dramatische Meinungsverschiedenheit über aktuelle Änderungen des Asylrechts zu demonstrieren. Nach einem hartnäckigen Verhandlungsversuch, den alle von Grünen mitregierten Länder noch gemeinsam gegenüber der Bundesregierung unternahmen, stimmte am Ende das grüne Baden-Württemberg dem Ergebnis zu – einem Ergebnis, das einige materielle Erleichterungen für Asylbewerber vorsieht, das System der sicheren Herkunftsländer jedoch noch weiter ausdehnt. Die sechs anderen Länder, in denen die Grünen kleine Koalitionspartner sind, stimmten dagegen oder enthielten sich.

„Man kann eben nicht über den Bundesrat regieren, wenn man im Bundestag in der Opposition sitzt“, lautete eine Lehre, die der Grünen-Vorsitzende Cem Özdemir am Montag zog. Das ist eine Einsicht, die auch andere Parteien schon erfahren haben, welche ihre Oppositionsschwäche im Bund durch Sperrmehrheiten im Bundesrat überspielen wollten. Einzig der SPD unter ihrem damaligen Vorsitzenden Oskar Lafontaine gelang es in den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, eine Blockade gegen die von Union und FDP gebildete Bundesregierung jahrelang durchzuhalten. Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel, die nach dem Jahr 2000 eine ähnliche Taktik versuchte, scheiterte mit ihrem Versuch, ein gemeinsames Nein der von der Union regierten Länder (gegen die Steuerreform des SPD-Kanzlers Gerhard Schröder) zu organisieren, spektakulär und demütigend.

Eine Konsequenz aus der Dissonanz im Bundesrat soll künftig eine bessere Abstimmung zwischen dem Berliner Parteivorstand und den Landesverbänden und Landesministern der Grünen in den Län-

dern werden. Dieses Jahr waren die Grünen aus den Ländern zweimal eingeladen zu den Sitzungen des „Parteirats“ (eines beratenden Vorstandsgremiums) nach Berlin – eine Sitzung fand ausgerechnet am vergangenen Donnerstag statt, so dass die Versammelten Augenzeugen des strategischen Auseinanderfallens in der Asylfrage werden konnten. Solche „erweiterten Parteiratstreffen“ werde man künftig wohl öfter veranstalten müssen, sinnierte Özdemir jetzt. „Wir können solche Abstimmungsvorgänge nicht dem Zufall überlassen.“ Man brauche mehr „strategi-

ken von den realpolitischen Reformern trennt.

In den langen Beratungen des Grünen-Parteirats am Donnerstagabend und in der Vorstandsdebatte am Montag danach stand nicht die taktische Niederlage der ganzen Partei – und mögliche Konsequenzen daraus – im Vordergrund, sondern die inhaltliche Position zum Asylrecht. Schnell war die Oppositionshaltung wieder intakt, rasch waren die Formulierungen für neue Verbalattacken gegen die Bundesregierung gefunden: Die Regierung habe „bis heute keine Antwort auf

schwierigkeiten, durch steigende Kosten bewirkt werde.

So entsteht der Eindruck, das innerparteiliche Ringen zwischen Linken und Rechten, dessen Hauptschauplatz lange Zeit die Bundestagsfraktion der Grünen war, habe sich jetzt auf die Pole Berlin und Stuttgart verlagert. Die Berliner Oppositionspolitik erleichtert fundamentalistischen Strömungen den Weg, die grüne Stuttgarter Regierungspolitik ist – unter dem Eindruck der näher rückenden Prüfung durch die Landtagswahl 2016 – auf Realismus fixiert. Die Grünen im Südwesten werden aus Berliner Perspektive als regionale Egoisten betrachtet und verachtet; umgekehrt aber sehen die Baden-Württemberger Regierungsgrünen sich und ihren künftigen Erfolg als Beleg und Maßstab dessen, was die Grünen erreichen könnten.

Just als am vergangenen Mittwoch – zwei Tage vor dem Bundesratstermin – die (vom Kanzleramt lange verzögerten) Verhandlungen der Grünen mit der Bundesregierung endlich Substanz gewannen, verstärkte sich der innerparteiliche Protest gegen jeden Kompromiss. Einige Abgeordnete starteten einen Aufruf nebst Unterschriftenaktion: Pro-Asyl-Aktivisten besetzten die Berliner Parteizentrale. Das half nicht den Repräsentanten der vier Bundesländer, die für die Grünen Detailverbesserungen im Asylrecht aushandeln wollten, es erschwerte ihr Unterfangen eher.

Es müsse künftig ein loyalerer Umgang herrschen zwischen den Grünen in Bund und Ländern, zwischen Oppositionsmilieus in Berlin und Regierungsratio in Stuttgart und anderswo, verlangte die frühere Fraktionschefin Renate Künast. Und Özdemir forderte, alle, die in dem Asylstreit gegensätzliche Ansichten hegten, sollten sie wenigstens „mit Respekt voreinander“ kundtun. Der Parteivorsitzende beteuerte, die beiden Parteilügel zeigten auf vielen anderen Politikfeldern doch auch neue Ansätze zur Gemeinsamkeit: Es gebe doch viele gemeinsame Positionspapiere, etwa von der Reala Anja Hajduk und dem Linken Gerhard Schick (zu Finanzen), von der Reala Franziska Brantner und dem als links registrierten Bundesgeschäftsführer Michael Kellner (zum Ehegattensplitting). Özdemir sagte schließlich nach der Sitzung des Bundesvorstands am Montag: „Wir richten jetzt den Blick nach vorn.“



Plötzlich im Mittelpunkt: Ministerpräsident Kretschmann am Freitag in Berlin Foto dpa

sche Planung“ und vorausschauende Überlegungen, wo mögliche „Interessenkollisionen“ zwischen der Berliner Parteiführung und den von Grünen mitbestimmten Koalitionen in den Bundesländern liegen könnten.

Eine weitere Erkenntnis, die sich für die Grünen aus dem gespaltenen Abstimmungsverhalten der von ihnen mitregierten Länder am vergangenen Freitag ergibt, analysiert die Partei lieber im Stillen: Durch das Ja Baden-Württembergs, das Nein Schleswig-Holsteins und die Enthaltung fünf weiterer von Grünen mitregierter Länder ist der Riss wiederaufgetreten, der sich quer durch die grüne Partei zieht und die fundamentalistischen Lin-

die Tatsache, dass Menschenrechtsverletzungen, Krisen und Konflikte immer mehr Menschen zwingen, Schutz zu suchen – auch in Deutschland“.

In einigen Kommentaren auf den grünen Internetseiten und erst recht im grünen Regierungslager in Baden-Württemberg wurde der abfällige Zorn über das „Ja“ des grünen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann jedoch als ungerecht und selbstgerecht empfunden. Schließlich habe der Ministerpräsident eine Verpflichtung, für sein Land zu handeln; schließlich spürten auch grüne Bürgermeister in Baden-Württemberg den Entscheidungsdruck, der durch höhere Asylbewerberzahlen, durch Unterbringungs-

Fremde Federn: Götz Neuneck und Ulrich Kühn

Angebote statt Eskalation

Vor dem Hintergrund der Krise in der Ukraine befürchten viele im Westen, in Europa könne ein begrenzter Krieg ausbrechen. Auf die Frage, wie man dem begegnen solle, sind sehr unterschiedliche Ansichten zu hören. Eine, die auch in dieser Zeitung zu lesen war, besagte, Russland könnte die vermeintliche Schwäche des Westens ausnutzen und die baltischen Staaten „schneller erobern, als die Allianz reagieren kann“. Statt sich auf eine Appeasement-Politik, gekoppelt mit wirtschaftlichen Sanktionen, zu verlassen, müsse der Westen „Eskalationsdominanz“ anstreben. „Dazu können Waffenlieferungen an die Ukraine ebenso gehören wie amerikanische Luftunterstützung für die Ukraine im Kampf gegen irreguläre Truppen“, schrieb Joachim Krause.

Das ist keine vereinzelte Meinung, sondern wird von weiteren Stimmen im In- und Ausland unterstützt. So wurde im Zusammenhang mit dem Abschluss des malaysischen Passagierflugzeugs die Bombardierung von Stellungen der Separatisten sowie der „Einsatz von drei oder vier der bisher noch nie ins Feld geschickten Battle Groups, unterstützt von der Nato“, zur Sicherung der Abstützstelle gefordert. Während der stellvertretende Nato-Generalsekretär Vershbow aus den Vereinigten Staaten Russland einen „Gegner“ des Bündnisses nennt, stellen konservative Kon-

gressabgeordnete wichtige Verträge zur bilateralen Nuklearwaffenkontrolle offen in Frage.

Ohne Zweifel, der beiderseitige Krieg der Worte ist in vollem Gange, und es gibt Kommentatoren, die rhetorisch an der Eskalationsspirale drehen. Geschichtswissenschaftler ignorieren sie dabei die grundsätzlichen Prinzipien erfolgreichen Konfliktmanagements aus den Tagen des Kalten Kriegs. Damals wie heute gilt zunächst die Wahrung eigener Kerninteressen im Zusammenspiel mit der Vermeidung eines „großen Kriegs“. Die Kerninteressen deutscher Außenpolitik im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise lassen sich umreißen mit den drei Schlagwörtern Deeskalation, Kommunikation und Solidarität.

Während nicht nur Berlin konsequent deeskalierende Schritte von Putin fordert, ist die Bundesregierung gleichzeitig sorgfältig darum bemüht, den eigenen Beitrag zur Eskalationsdynamik zu beschränken. Auch deshalb verhinderte die Bundeskanzlerin auf dem Nato-Gipfel von Newport, dass einzelne Mitglieder aus den kooperativen Strukturen der Nato-Russland-Grundakte ausscheren. Das Ergebnis ist eine klare Form des Signallings, welches der anderen Seite vermittelt: Wenn du deeskalierst, sind wir auch dazu bereit. Parallel dazu ist Deutschland an einer konsequenten Kommunikation mit dem Kreml interessiert. Wer nicht miteinan-

der redet, kann auch keine Angebote unterbreiten. Gleichzeitig gilt für die Bundesregierung, dass die Solidarität innerhalb der Nato gewahrt bleiben muss.

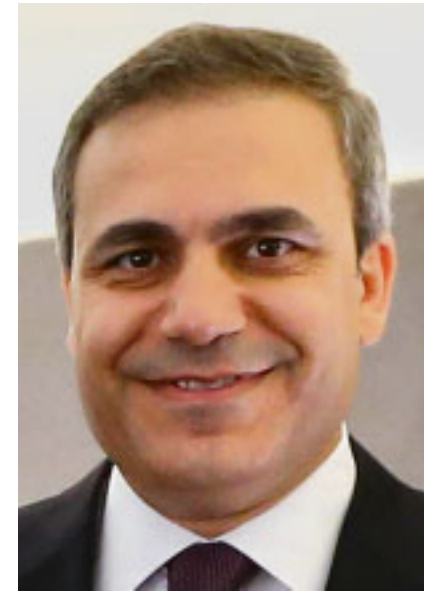
Es war deshalb richtig und wichtig, von Newport aus ein starkes Signal an die baltischen Mitgliedstaaten und damit auch an Moskau zu senden. Defensivmaßnahmen wie die Aufstellung einer schnell verlegbaren Reaktionseinheit, die Präsenz von Command-and-Control-Einrichtungen in Osteuropa, der Ausbau militärischer Infrastruktur und kurzzeitig angekündigte Übungen sind weder leere Versprechen, noch dürften sie dem Kreml besonders schmecken.

Wie dagegen die aktive militärische Unterstützung der ukrainischen Armee durch die Nato dabei helfen soll, die Krise einzudämmen, bleibt das Geheimnis derer, die das fordern. Vielmehr stünden solche Maßnahmen konträr zu deutschen Kerninteressen und im Widerspruch zu allen tradierten Lehren des Krisenmanagements. Nato-Luftschläge gegen irreguläre Verbände wären weder deeskalierend, noch würden sie zu erhöhter Sicherheit und Solidarität innerhalb des westlichen Bündnisses beitragen. Schlimmstenfalls könnte Moskau argumentieren, die Nato bombardiere die russischsprechende Zivilbevölkerung von Luhansk oder Donezk. Solch eine konfrontative Sicherheitspolitik hätte zumindest den Abbruch jeglicher

dringend gebotener Kommunikation mit dem Kreml und die Aufkündigung wichtiger noch bestehender Vertragsmechanismen zur Folge.

Der Sinn kooperativer Sicherheitspolitik ist dagegen, auf diplomatische Lösungen zu setzen, auch bei einem Gegner, dem man misstraut. Leider muss man attestieren, dass das konkrete Instrumentarium kooperativer Sicherheitspolitik – sowohl bei der konventionellen als auch bei der nuklearen Rüstungskontrolle – von beiden Seiten schmählich vernachlässigt wurde. Statt sich nun verbal in virtueller „Eskalationsdominanz“ zu ergen, sollte der Westen weiter nach bewährten und neuen Wegen und Möglichkeiten suchen, die russische Regierung von ihrem selbstgewählten Weg der weiteren Eskalation überzeugend abzubringen. Gleichzeitig müssen sich alle Akteure der Gefahr des ungewollten Verlusts der Eskalationskontrolle bewusst sein. Wie zu Zeiten des Kalten Kriegs gilt deshalb: Nur wer sich über die eigenen realistischen Eskalationsoptionen bewusst ist, kann auch zur Deeskalation beitragen. Falsche Versprechen und unrealistische Forderungen untergraben dagegen die eigene Glaubwürdigkeit.

Götz Neuneck ist stellvertretender Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), Ulrich Kühn ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am IFSH.



Hakan FIDAN Foto Picture Alliance

Vertrauensperson

Um Missverständnissen vorzubeugen: Keineswegs hat der türkische Geheimdienstchef unlängst in dem Ort Hildenborough (Grafschaft Kent) einen Höckerschwan der britischen Königin gefangen, sich auf ihn gesetzt, ihm den Hals durchgeschnitten, den Torso in seinen Rucksack gestopft und mit nach Hause genommen, wo die von einem Augenzeugen alarmierte Polizei das Fleisch des Tieres später fachgerecht tranchiert im Eisfach fand. Das berichtete der Londoner „Evening Standard“. Der Mann, der sich dergestalt am Eigentum der Queen vergriff und dafür je nach Quelle zu einer Geldbuße oder zu zwei Monaten Haft auf Bewährung verurteilt wurde, heißt Hasan Fidan, der türkische Geheimdienstchef hingegen Hakan Fidan und leitet, obschon sich seine Tätigkeit von Amts wegen partiell ebenfalls im Graubereich zwischen Illegalität und Wahnsinn abspielt, komplexere Operationen als die Jagd auf majestätisches Feder-
vieh.

Derzeit wird er in der Türkei als Mann hinter der Befreiung von 49 Geiseln aus der Gewalt der Terroristen des „Islamischen Staates“ gefeiert. Im Juni waren sie der Terrormiliz im türkischen Konsulat in Mossul in die Hände gefallen, am Wochenende konnten alle gerettet werden. Obwohl die Türken am Montag weiter über die Ungereimtheiten der im geheimdienstlichen Halbdunkel erfolgten Befreiung rätselten, galt Fidan, geboren in Ankara 1968, Chef des Geheimdienstes MIT seit 2010, vielen als Mann der Stunde.

Hakan Fidan besitzt das volle Vertrauen des türkischen Präsidenten Tayyip Erdogan. Er spielt seit Jahren die zentrale Rolle bei den Verhandlungen Ankaras mit der kurdischen Terrorgruppe PKK und ihrem inhaftierten Führer Abdullah Öcalan über einen dauerhaften Friedensschluss. Im Februar 2012 wollte ein der muslimischen Gülen-Sekte nahestehender Staatsanwalt Fidan verhaften lassen, da er durch die Verhandlungen mit der PKK Hochverrat begangen habe. Erdogan ließ den Staatsanwalt strafversetzen und flugs ein Gesetz verabschieden, laut dem gegen den Chef des MIT nur noch nach schriftlicher Genehmigung des Regierungschefs ermittelt werden darf. Das Gesetz wurde am 17. Februar nachmittags ins Parlament eingebracht und kurz vor sechs am nächsten Morgen verabschiedet. Ist Erdogan etwas wichtig, kann es rasch gehen in der Türkei.

Fidan gilt als Profi. Weil Türken gastfreundliche Menschen sind, sorgt sein Dienst dafür, dass sich ausländische Korrespondenten in der Türkei nie einsam fühlen, etwa beim Telefonieren. Zur Verbesserung der Servicequalität werden auch andere Gespräche archiviert und bei Bedarf über Youtube und ähnliche Kanäle einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Geheimdienstlern, zumindest denen der unteren Ebene, wird mitunter nachgesagt, sie seien von schütterem Verstande, Fidan aber, der seine Dissertation 2006 in englischer Sprache über „Diplomatie im Informationszeitalter“ vorlegte, gilt als erzscheidt. Sollte er nach der Parlamentswahl 2015 Außenminister oder gar Regierungschef werden, wäre das keine Überraschung. MICHAEL MARTENS

Deutsche Asset
& Wealth Management



Deutsche
Vermögensberatung

Liebe Deutsche Vermögensberatung, herzlichen Glückwunsch zu vier Jahrzehnten Erfolgsgeschichte.

Wir sind stolz darauf, ein Teil davon zu sein, und bedanken uns für die langjährige und vertrauensvolle Partnerschaft.

